



Pressemitteilung

Aktionsbündnis „Rettet die Wale“ kritisiert Japan EU-Staaten sollen IWC-Mitglied werden Wale und Delfine dauerhaft schützen

Radolfzell/München/Berlin/Quickborn, 23. Juni 2006: Das Aktionsbündnis „Rettet die Wale“ fordert die Politiker Europas und weltweit zum Kampf gegen die Wiederaufnahme des kommerziellen Walfangs auf. Die Niederlage der Walschützer bei der Tagung der Internationalen Walfang-Kommission (IWC) im Karibikstaat St. Kitts und Nevis hat gezeigt, dass neben der Meeresverschmutzung, dem Beifang in der Fischerei, der Klimaveränderung und der Kollisionen mit Schiffen auch der Walfang wieder zu einer großen weltweiten Gefahr für die Meeressäuger wird. Japan hat mit seiner jahrelangen Strategie, etliche Länder durch Entwicklungshilfe zu unterstützen, die im Gegenzug dafür der IWC beitreten und im Sinne Japans für den Walfang stimmen, ein negatives Beispiel für die internationale Zusammenarbeit gesetzt. *„Wir fordern deshalb alle Länder in Europa und darüber hinaus auf, der IWC beizutreten und zu zeigen, dass die breite Mehrheit der Menschen und Staaten weltweit für den konsequenten Schutz der Meeresumwelt und der Meeressäuger eintritt“* erklärt Jörg Dürr-Pucher, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe. Hier sind insbesondere die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und des Europarates gefragt. Schon durch den Beitritt weniger Staaten, die gegen die Waljagd eintreten, kann sich das Mehrheitsverhältnis in der IWC wieder entscheidend verschieben. Dem Bündnis „Rettet die Wale“ gehören die Gesellschaft zur Rettung der Delfine (GRD), die Gesellschaft zum Schutz der Meeressäuger (GSM), M.E.E.R. e.V. und die Deutsche Umwelthilfe (DUH) an. Das Bündnis setzt sich seit vielen Jahren in unterschiedlichen Projekten für den Schutz der Meeressäuger weltweit ein.

„Wir starten eine Lobbykampagne, in der wir alle noch nicht in der IWC engagierten Staaten Europas konkret auffordern, IWC-Mitglied zu werden“, erklärt Denise Wenger, Biologin der Gesellschaft zur Rettung der Delphine (GRD). *„Das freiwillige Engagement der europäischen Staaten soll im klaren Gegensatz zur völkerrechtlich fraglichen Strategie Japans stehen, Ministaaten durch Entwicklungshilfe zur IWC-Mitgliedschaft „zu motivieren“.* Darüber hinaus wollen wir, dass die IWC-Abstimmungen auf der Basis ernsthafter, wissenschaftlicher Arbeit und Fakten erfolgen und auch in Zukunft sichergestellt wird, dass NGOs sich beteiligen können und in transparenter Weise offen abgestimmt wird.

Das Ziel der Länder, die Walfang betreiben, ist klar. Sie wollen das seit vielen Jahren bestehende Walfangmoratorium aufheben. *„Die Erhaltung des Moratoriums bleibt unser zentrales Ziel“* betont Petra Deimer, Vorsitzende der Gesellschaft zum Schutz der Meeressäuger. *„Es konnte zwar den Walfang nicht völlig stoppen, weil der zu wissenschaftlichen Zwecken, auch wenn Wissenschaft hier z. B. von Japan und Island missbraucht wird, immer noch möglich ist. Dennoch hat das Moratorium dafür gesorgt, dass es zumindest am Anfang des heute 20jährigen Fanverbots zu kommerziellen Zwecken nicht zum massenhaften Abschachten gekommen ist“*.

Das Aktionsbündnis „Rettet die Wale“ lobt ausdrücklich das Engagement der Bundesrepublik Deutschland in Sachen Walschutz. Die Bundesregierungen aller Couleure haben in dieser Frage immer deutlich Position bezogen. *„Deshalb hoffen wir auch auf Unterstützung der Bundesregierung bei dem Bemühen, alle Mitglieder der Europäischen Union und des Europarates zu Mitgliedern der IWC zu machen“*, so Fabian Ritter, Vorsitzender des M.E.E.R e.V.

Für Rückfragen:

Denise Wenger, GRD, Tel.: 089 74160410, E-Mail: info@delphinschutz.org

Petra Deimer, GSM, Tel.: 04106 620601, E-Mail: pdeimer@gsm-ev.de

Fabian Ritter, M.E.E.R e.V., Tel.: 030 8507-8755, E-Mail: info@m-e-e-r.de

Jörg Dürr-Pucher, DUH, Tel.: 07732 999515, info@duh.de